

## Anfragen zum Plenum in der 21. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Renate Ackermann**  
(GRU)

Angesichts der Tatsache, dass die Notrufgruppen und Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt am Rande ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten, frage ich die bayerische Staatsregierung:

Werden für des kibs - Modellprojekt zur Verbesserung des bayernweiten Beratungsangebotes für männliche Opfer sexueller Gewalt den Notrufgruppen und Beratungsstellen zusätzliche Mittel zu Verfügung gestellt, damit das zusätzliche Angebot nicht zulasten der bisherigen Arbeit geht?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Ist die Staatsregierung bereit, die angekündigte Aussetzung des nächsten Ausbildungskurses an der Hebammenschule Bamberg zurückzunehmen und damit eine der ältesten Ausbildungseinrichtungen in Bayern und wichtige Ausbildungseinrichtung für Oberfranken ununterbrochen fortzuführen und wenn nein, warum nicht?

**Ulrike Gote**  
(GRU)

Wie wurde aus dem „Theatersommer Fränkische Schweiz“ die „Landesbühne Oberfranken“, ist eine Landesbühne ein Staatstheater und welche finanzielle Förderung für Personal-, Sach- und Betriebskosten ist damit seitens des Landes verbunden und verbindlich zugesagt?

**Eike Hallitzky**  
(GRU)

Trifft es zu, dass Projekte zur Förderung des Übergangs von Hauptschülerinnen und -schüler in das Berufsleben in den achten und neunten Klassen der Hauptschulen deshalb nicht durchgeführt werden können, weil zwar die Bundesagentur für Arbeit hierfür Mittel bereitstellen würde, die Staatsregierung jedoch nicht bereit ist, die notwendige Ko-Finanzierung hierzu zu leisten und wenn es stimmt, welche Schritte unternimmt die Staatsregierung, damit künftig alle derartigen Angebote der Arbeitsagentur ausgeschöpft werden können - im Interesse der vielen Ausbildungsplatzsuchenden HauptschülerInnen in Bayern?

**Dr. Hildegard Kronawitter**  
(SPD)

Wie vereinbart sich die Festlegung der Bayerischen Staatsregierung (laut Pressemitteilung vom 15. Mai 07), wonach die zur Verfügung stehenden 93 Millionen Euro für „Nachhaltige Stadtentwicklung“ aus dem operationellen Programm des EFRE für 2007

bis 2013 wegen der Begrenzung des hohen Verwaltungsaufwandes „auf eine überschaubare Zahl von Kommunen konzentriert“ werde mit dem grundsätzlichen Vorhaben, die Fördermittel „überwiegend in den Grenzlandbezirken und in ländlichen Teilräumen“ einzusetzen, „deren Entwicklung nach dem Landesprogramm in besonderem Maße gestärkt werden soll“, was sind die genauen Kriterien - abgesehen von den allgemein gehaltenen EU-Vorgaben - für die Projektauswahl und Mittelvergabe, und wie werden die jährlich vorgesehenen 6 Millionen Euro Landesmittel in der Kofinanzierung eingesetzt?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Nachdem ich aus der Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage vom 10.05.2007 zum Thema Neubau eines 1100 MW-Steinkohlekraftwerkblockes in Großkrotzenburg an der bayrisch/hessischen Grenze entnehme, dass in der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bayern und Hessen eine Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Nachbarland bei allen raumordnerischen Abstimmungsverfahren für Vorhaben mit potentiellen Auswirkungen auf das jeweilige Nachbarland vorgesehen ist, und eine Beteiligung der dortigen Landesplanungsbehörde vorgeschrieben sei und Herr Staatsminister Huber sich bei seinem hessischen Amtskollegen für die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens einsetzen werde, wobei dieser Antwort nun die Aussage von der Kraftwerksbetreiberin EON AG gegenüber steht, die dahin gehend lautet, dass EON ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren für diesen Bau weiterhin ablehnt, frage ich die Staatsregierung, wie sie diese Aussage der EON AG bewertet und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen wird, wenn die EON AG bei ihrer negativen Haltung zum länderübergreifenden Raumordnungsverfahren bleibt?

**Christa Naaß**  
(SPD)

Ich bitte die Staatsregierung um Mitteilung wie sie die Situation bewertet, dass Beherbergungsbetriebe, die nur in der Sommersaison geöffnet haben, ihre Rundfunk- und Fernsehgeräte im Winter nicht mehr abmelden können, obwohl Vermietern noch im November 2006 von der Gebühreneinzugszentrale mitgeteilt wurde, dass eine saisonabhängige Anmeldung möglich ist, wenn dies „objektiv erkenn- und nachweisbar“, z.B. durch eine Eintragung im Gästeverzeichnis oder im Internet ist und daraufhin von Vermietern ein diesbezüglicher Eintrag in das Unterkunftsverzeichnis für 2007 aufgenommen wurde.

**Bärbel Narnhammer**  
(SPD)

Ist die Staatsregierung bereit, die Kommunen, wie beispielsweise die Marktgemeinde Glonn im Landkreis Ebersberg, bei erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern dritter Ordnung sowohl finanziell, wie auch organisatorisch durch eine grundlegende Reform der Hochwasserschutzfinanzierung stärker als bisher zu unterstützen, um die Realisierung effektiver Schutzmaßnahmen, die in der Regel weit über das Gemeindegebiet hinausreichen, zu ermöglichen?

**Karin Pranghofer**  
(SPD)

Nachdem am 10. Mai 2007 meinem Landtagskollegen Thomas Mütze (Bündnis 90/ Die Grünen) auf seine Anfrage zum Plenum

mitgeteilt wurde, dass sich Herr Staatsminister Huber bei seinem hessischen Amtskollegen Dr. Rhiel für die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens zum Kohlekraftwerksbau der Eon AG einsetzen wird, frage ich, was inzwischen geschehen ist und was das Ergebnis ist?

**Karin Radermacher**  
(SPD)

Wie bewertet die Staatsregierung die Überlegungen, den Steigerwald, ca. 11.000 Hektar Wald, in den Landkreisen Bamberg, Haßberge und Schweinfurt, in einen Nationalpark oder in ein Biosphärenreservat umzuwandeln, wie weit ist der Stand der Planungen und die zeitlichen Vorstellungen hierzu?

**Dr. Martin Runge**  
(GRU)

Wie beurteilt die Staatsregierung die Bestätigung der Entscheidung des Amtsgerichtes Ansbach aus dem Dezember 2006, nach der die sofortige Vollziehung der Verfügung Regierung von Mittelfranken auszusetzen ist, mit welcher bwin e.K. wiederum untersagt worden war, in Bayern via Internet Sportwetten anzubieten und auch solche Wetten abzuschließen, durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vor dem Hintergrund bisher von der Staatsregierung getroffenen Aussagen zu den organisatorischen und technischen Möglichkeiten, Wettannahmen über das Internet aus Bayern zu verhindern bei gleichzeitigem Offenhalten der Annahmen aus anderen Ländern, und vor dem Hintergrund der entsprechenden Vorgaben im geplanten Glücksspiel-Staatsvertrag?

**Maria Scharfenberg**  
(GRU)

Wurden und werden im Jahr 2007 Menschen aus Bayern nach Afghanistan, nach Sri Lanka, in den Sudan und in den Irak abgeschoben?

**Franz Schindler**  
(SPD)

Trifft es zu, dass in Angelegenheiten der außergerichtlichen Schuldenregulierung auch bei Vorliegen aller sonstigen Voraussetzungen unter Verweis darauf, dass bei Schuldnerberatungsstellen „andere Möglichkeiten für eine Hilfe zur Verfügung stehen“ (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 BerHG) Berechtigungsscheine für Beratungshilfe durch Rechtsanwälte nur noch dann erteilt werden, wenn die Wartezeit bei einer Schuldnerberatungsstelle länger als sechs Monate beträgt und falls ja, hält die Staatsregierung diese Praxis für vereinbar mit der Rechtslage?

**Simone Tolle**  
(GRU)

Ist der Staatsregierung bekannt, wie oft es in bayerischen Atomkraftwerken vorgekommen ist, dass innerhalb eines Monats sechs meldepflichtige Ereignisse wie im AKW Grafenrheinfeld aufgetreten sind und wie bewertet die Staatsregierung diese Häufung angesichts der Tatsache, dass das AKW Grafenrheinfeld, das früher einmal zu den „Weltmeistern“ gehörte, im vergangenen Jahr die schlechteste Arbeits- und Zeitverfügbarkeit aller deutschen Atomkraftwerke (mit Ausnahme der abgeschalteten Reaktoren von Biblis) hatte?

**Rainer Volkmann**  
(SPD)

Wann gedenkt die Staatsregierung die Fertigstellung des Radweges entlang der Staatsstraße 2108 von Neuötting nach Burghausen über das seit Jahren im Betrieb befindliche Teilstück zwischen Neuötting und Wegscheid hinaus fortzuführen bzw. wann wird dieser restliche Abschnitt fertiggestellt sein?

**Ludwig Wörner**  
(SPD)

Wie hoch ist die geleistete Summe bei der Vorfinanzierung zum Ausbau der A8 zwischen Stuttgart und München, die im Rahmen der Public Private Partnership vom Bund oder Land als Anschubfinanzierung geleistet wurde?